

Keine Abstriche bei der Verteidigung universeller Werte!



TEXT ARND POLLMANN



KI-Bildredaktion

Wir haben die KI Midjourney um ein Foto gebeten. Die Aufgabe: „A white pigeon flies in front of a tank“

Wertegeleitete Außenpolitik? Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock, aber auch viele Unternehmerinnen und Manager streiten sich seit Monaten, was genau das heißen soll. Vor allem mit Blick auf China. Dabei liegt die Antwort bereits seit 1948 auf dem Tisch.

Seit 14 Monaten wütet der russische Angriffskrieg, und von Beginn an hieß es: Wladimir Putin führe diesen Vernichtungsfeldzug nicht nur gegen das ukrainische Volk, sondern auch gegen die „westliche Wertegemeinschaft“. Auf dem Spiel stünden Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gleichheit und Diversität. Das Spektrum dieser westlichen Selbstverunsicherung reicht von ungenierten Selbstbeweihräucherungen, die einen „Stellvertreterkrieg“ zugunsten der abendländischen Segnungen behaupten, bis zu hämischen Nekrologen auf einen dekadenten, „schwächelnden“ Westen, der bloß scheinheilig die eigene Gewaltgeschichte verdränge.

Das selbstgerechte Klopfen auf eigene Schultern ist zunächst ein Beleg fehlender Geschichtskenntnisse. Die besagten Ideen weisen eine bedeutsame „okzidentale“ Vorgeschichte auf. Aber ihre geografische Vereinnahmung führt in die Irre. Regelmäßig wird der Einfluss nicht westlichen Denkens ignoriert. Exemplarisch lässt sich das anhand postkolonialer Einwände gegen „die“ Geschichte der Menschenrechte zeigen, die oft ohne Hinweis auf die haitianische Revolution von 1791, auf südamerikanische Befreiungskämpfe, die afrikanische Dekolonialisierung oder den Befund auskommen, dass es Menschen unterschiedlichster nationaler, religiöser oder kultureller Her-

kunft waren, die 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ausgearbeitet haben.

Auch hat sich der Siegeszug der selbstgewiss gepriesenen Ideen in der westlichen Welt keineswegs von selbst ergeben. Sie mussten – und müssen stets aufs Neue – gegen historisches Unrecht und politische Willkür erstritten werden. Es handelt sich um *Reaktionen* auf autoritäre Herrschaft, um das stets vorläufige Resultat eines mitnichten unumkehrbaren Prozesses kollektiver Auflehnung. Damit gilt zugleich: Auch Absolutismus, Kolonialismus, Totalitarismus gehören zum westlichen Erbe. Die „Verwestlichung des Westens war ein langwieriger Prozess“ (Heinrich August Winkler).

Ohnehin wären wir im Fall der Ukraine mit dem Paradox konfrontiert, dass der Westen derzeit im Osten verteidigt wird. Und aus Sicht einer „postheroischen“ Gesellschaft mutet es irritierend an, die Wehrhaftigkeit der Ukraine als westlich zu preisen. Die beherzten Töne, die der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj anschlägt, erinnern eher an einen Westen, an den sich der Westen selbst nur ungern erinnert. Auch tätspolitische Mikroaggressionen befasst, als dass er den russischen Makroaggressionen entschieden genug entgegentreten würde.

Oft werden die zitierten Werte auch direkt von der Gegenseite als „westlich“ bezeichnet; wenngleich in denunziatorischer Absicht. Wahlweise gelten sie dann als imperiale Waffen, eurozentristische Zumutungen, patriarchale Machtmittel oder kapitalistische Überbauten. Diese Kritik will den „Universalismus“ jener Werte mit der Behauptung relativieren, sie dürften allenfalls dort Geltung beanspruchen, wo sie entstanden sein mögen. Der Westen solle sich ruhig weiter mit der eigenen Gewaltgeschichte beschäftigen. In den übrigen Weltregionen gelte: andere Länder, andere Sitten!

Dieser Relativismus ist typisch für viele Intellektuelle in der Nähe, aber auch für autoritäre Machthaber in der Ferne. Die Despoten dieser Welt haben kein Interesse an der Ausbreitung derart riskanter Ideen. Daher spielt das geografische „Framing“ dieser Werte direkt ihren Feinden in die Hände. So bekundete jüngst der chinesische Außenminister Qin Gang vor dem UN-Menschenrechtsrat: „Es gibt beim Thema Schutz der Menschenrechte kein Einheitsmodell. Alle Staaten sollten unabhängig ihren eigenen Weg gehen.“ Will heißen: Jede Regierung darf selbst entscheiden, ob die Menschenrechte zu beachten sind.

Betrachten wir das Beispiel der Menschenrechte etwas genauer: Mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekannten die Vereinten Nationen, dass die „Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet“. Dabei sind die Ideen der Menschenrechte und der Menschenwürde zwei Seiten derselben Medaille: Wer an die Menschenwürde glaubt, muss deren Schutz durch Menschenrechte proklamieren, und wer sich zu den Menschenrechten bekennt, tut dies stets im Namen einer universellen Menschenwürde.

Was gerne übersehen wird: Dieser völkerrechtliche Begriffszusammenhang, der zeitgleich auch in Artikel 1 des Grundgesetzes einwandert, wurde vor dem Zweiten Weltkrieg so gut wie nie hergestellt. Die philosophischen Konzepte der Menschenwürde und der Menschenrechte sind zwar jeweils schon viel älter. Aber ihre Verknüpfung „verdankt“ sich dem weltweit vernommenen Schock über die Weltkriege und den totalitären Terror. Es sind die monströsen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts, die einen schmerzhaften Lernprozess im Recht bewirken: Fortan soll ein global effektiver Menschenrechtsschutz all denen vorschreiben, die jeweils „vor Ort“ politische Gewalt ausüben, wie jene, die dieser Gewalt unterworfen sind, regiert werden wollen, und zwar „menschenwürdig“.

Wer bestreitet, dass dies ein historisch mahnendes und deshalb zu verteidigendes Erbe ist, sollte sich darüber im Klaren sein, wem das vor allem nützt: einem Relativismus von Werten, die sich dem Schutz der Schwächsten verschrieben ha-

ben und deren Diskreditierung geradezu todsicher dazu führen wird, dass sich erneut die rücksichtslosesten Machthaber durchsetzen werden. Man male sich eine Welt aus, in der bald schon China festlegen wird, wie die Menschenrechte zu verstehen sind. Spätestens dann wird sich zeigen – wohl aber zu spät –, was es heißt, sich diesen Deutungen zu ergeben oder aber für wahrhaft universelle Werte zu streiten.

Was sind überhaupt Werte?

Bereits im Begriff „Werte“ liegt die Aufforderung begründet, sie im Konfliktfall auch zu verteidigen. Werte sind tiefverwurzelte Einstellungen, an denen Individuen, aber auch Gruppen oder ganze Gesellschaften ihre Lebensvollzüge ausrichten. Von Werten kann man nicht abrücken, ohne damit von sich selbst abzurücken. Im Gegensatz zu bloßen Wünschen oder Präferenzen besitzen sie eine besondere Erheblichkeit. Man ist gewillt, ihnen im Konfliktfall den Vorzug zu geben – und zwar notfalls beharrlich, gegen Widerstand und unter Kraftanstrengung. Werte sind „Kriterien der Inkaufnahme“ (Jürgen Kaube). Wer jeglichen Widerstand scheut, mag Neigungen und Vorlieben haben, aber keine Werte, denn diese verlangen eine gewisse Entschiedenheit und Konsequenz: Wer etwa einen Angriffskrieg im russischen Fall für verwerflich hält, darf ihn im amerikanischen Fall nicht opportunistisch bagatellisieren.

Ginge es dem Westen um Werte und nicht bloß um fromme Wünsche, hätte das Konsequenzen, die weit über den russischen Angriffskrieg hinausweisen: Was bedeutet „feministische Außenpolitik“ mit Blick auf Iran? Was fordert eine „wertegeleitete“ Handelspolitik von China? Was wird aus dem eigenen Wohlstand, wenn man mit Entwicklungs- und Klimazielen ernst macht? Und wie verändert sich das Verhältnis zu den USA, wenn alle Kriegsverbrecher nach Den Haag gehören? In diesen Tagen wird überdeutlich, was der historische Rückblick ohnehin lehrt: Die politische Realisierung universeller Leitideen ist ein umkämpftes Projekt, das an autoritären Widerständen, aber auch an eigener Willensschwäche scheitern kann.

Es gibt es also weder Grund zu westlicher Überheblichkeit noch zu hämischen Abgesängen auf das historisch mühsam errungene Erbe. Vor allem den Opfern von Krieg, Gewalt, Vertreibung oder Armut erweist man mit diesen beiden Haltungen einen Bärendienst. Und wenn der Westen hier eine ganz eigene Verantwortung übernehmen will: In kritischer Rückbesinnung auf die eigene Gewaltgeschichte und in Aufarbeitung eines politischen Missbrauchs jener Werte wird ein fragiles, aber zivilisatorisch bedeutsames Erbe erkennbar, das verpflichtet.

Aktuell geht es um die Ukraine, aber zugleich auch um die universelle Frage, wie der Mensch als Mensch leben und regiert werden will. Ganz gleich, aus welchen Himmelsrichtungen die rettenden Ideen kommen: Die Erde ist rund, und die Staatenwelt muss wieder zusammenfinden. In einer globalen Kraftanstrengung müssen diese Ideen immer wieder neu interpretiert und gegen autoritäre Widerstände verteidigt werden, nicht nur rhetorisch. Man kann es nicht pathetisch genug sagen: Das ist ein revolutionäres Projekt, das keineswegs dem Westen allein aufgetragen ist, sondern der Menschheit insgesamt. ■

„Bereits im Begriff ‚Werte‘ liegt die Aufforderung begründet, sie im Konfliktfall auch zu verteidigen. Von Werten kann man nicht abrücken, ohne damit von sich selbst abzurücken“

ARND POLLMANN, 52,

ist Professor für Ethik und Sozialphilosophie an der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Zuletzt erschienen: „Menschenrechte und Menschenwürde. Zur philosophischen Bedeutung eines revolutionären Projekts“, Suhrkamp, 2022, 26 Euro.